

Haushaltsrede für 2010 der BFO-Overath

Anmerkungen der BfO-Fraktion zum Haushaltsplan 2010 / HSK 2011 bis 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn ich mir die Haushaltslage der Stadt ansehe, wie sie der Kämmerer in seiner Rede am 4. November vorgetragen hat und wie sie sich aus den vorgelegten Unterlagen ergibt, könnte man sich die Frage stellen: Wo befindet sich eigentlich Overath? Sind wir hier im Bergischen Land oder in Griechenland. Sowohl Griechenland als auch Overath sind hoch verschuldet. Aber wahrscheinlich steht Griechenland noch besser da. Denn wie es aussieht, brauchen die Griechen nur zu rufen und schon kommen Berlin und Brüssel bzw. der IWF zur Hilfe. Overath hilft keiner, trotz Nothaushalt. Das müssen wir schon selbst tun.

Aber genug mit diesem zugegebenermaßen etwas polemischen Vergleich. Das ändert jedoch nichts daran, das die Haushaltssituation - um mit den Worten des Kämmerers zu sprechen - katastrophal ist.

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt lag Ende 2008 unter Einbeziehung der Stadtwerke bei 2.708,33 € und damit zumindest im Rheinisch-Bergischen Kreis an der Spitze. Der aktuelle Gesamtschuldenstand liegt wohl bei etwa 95 Mio € und dürfte sich auch in den nächsten Jahren noch weiter erhöhen, wenn wir nicht gegensteuern.

Das negative Jahresplanungsergebnis, das der Kämmerer im November mit 10.128.000 € angegeben hat, hat sich nach der neuesten Planung schon wieder um 3 % auf 10.430.000 € erhöht. Und es ist äußerst unwahrscheinlich, dass es dabei bleibt. Nehmen wir hier nur die im Plan festgeschriebenen Mittel für die Straßenunterhaltung als Beispiel. Man muss sicher kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass die dort genannten Mittel in Höhe von 104.000 € lediglich einen Tropfen Wasser auf den heißen Stein oder besser eine Schüppe Teer für die kaputten Straßen bedeuten. Um die diesjährigen Winterschäden zu beseitigen und sonstige Unterhaltungs- und Sanierungsaufgaben durchzuführen, sind sicher Hunderttausende notwendig, die dann das Haushaltsdefizit weiter vergrößern.

Und so besteht die Gefahr, das sich die Ausgleichsrücklage sowie die allgemeine Rücklage zur Deckung von Fehlbeträgen im Zeitraum bis 2016 deutlich mehr als um die geplanten 45 Mio € reduzieren. Eine Überschuldung ist für die kommenden Jahre nicht auszuschließen.

Ich will hier das Bemühen der Verwaltung um eine Haushaltskonsolidierung nicht in Frage stellen. Aber ich meine, das mitunter an den verkehrten Stellen gespart werden soll. Wie schon in der Vergangenheit sollen teure Prestigeprojekte umgesetzt werden, zu Lasten von Positionen, die unmittelbar dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger besonders aber der sozial Schwachen bzw. der Bildung dienen.

Das wird aber erst auf dem zweiten Blick deutlich, weil die beabsichtigten Kürzungen zum Teil sehr vorsichtig angekündigt werden:

Beispiel: Die Haushaltsmittel für die Verbrauchs- und Lernmittel der Schulen oder die Pauschalbeträge für die Anschaffungen von Gebrauchsgegenständen der Schulen werden bis 2016 festgeschrieben. Da im Verlauf von sechs Jahren Preiserhöhungen nicht unwahrscheinlich sind, also eine Mittelkürzung.

Entsprechendes gilt für folgende Formulierung: Die Aufwendungen sind im Sinne der Haushaltskonsolidierung zu optimieren.

Auch im klassischen sozialen Bereich sind Kürzungen vorgesehen. Vorsichtig formuliert heißt es, dass der mit 37 % angegebene auf den Produktbereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe entfallende Anteil der Transferaufwendungen reduziert oder zumindest konstant gehalten werden soll.

Darüber hinaus sollen auch Mittel für die Bücherei und im weitesten Sinne für die Kindergartenarbeit gekürzt werden.

Dass auch die für die Freiwilligen Leistungen vorgesehenen Beträge nicht ungeschoren bleiben, ist Konsequenz des Nothaushalts und der Vorgabe der Kommunalaufsicht geschuldet. Darüber ist schon genug gesprochen worden. Ich möchte hier nur deutlich machen, dass die vorgesehene Kürzung der Mittel im Bereich der „Förderung von Kindern und Jugendlichen außerhalb von Einrichtungen“ besonders für Randgruppen der Gesellschaft eigentlich untragbar ist. Ich nenne hier stellvertretend die Jugendberufshilfe, die bei der künftig vorgesehenen reduzierten Mittelausstattung evtl. nicht mehr weitergeführt werden kann. Um hier zu einer Verbesserung zu kommen, müssen wir also schnellstmöglich wieder aus dem Nothaushalt.

Weil im sozialen Bereich sehr viel auf ehrenamtlicher Basis läuft, möchte ich die Gelegenheit nutzen, an dieser Stelle den Ehrenamtlichen für ihr großes Engagement herzlich zu danken. Denn ohne sie würde vieles nicht oder nur bedingt funktionieren bzw. nicht möglich sein. Deshalb gilt es, diese Arbeit so gut es geht zu fördern, und sei es nur wie in anderen Kommunen bereits üblich - durch die Vergabe von Ehrenamtskarten.

Toll wäre es, wenn sich die eben genannte Zielsetzung des Kämmerers, Aufwendungen bis 2016 konstant zu halten, auch auf den Zinsaufwand beziehen würde. Dieser soll jedoch um 15 % steigen.

Zu begrüßen ist die Zielsetzung der Verwaltung, im Rahmen der Beseitigung von Schadensfällen künftig besser auf die Durchsetzung eigener Leistungsansprüche zu achten. Dies bedeutet aber letztlich nur, auf Versäumnisse in der Vergangenheit zu reagieren.

Ich möchte nun noch kurz auf die Einnahmen zu sprechen kommen, ohne die ja gar nichts geht. Die Verwaltung geht hier von einer Steigerung bis 2016 von insgesamt 32 % auf 54,5 Mio € aus, die darin enthaltenen Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sollen sogar um 48 % auf 14,2 Mio € steigen. Ich meine, dass ist eine mehr als optimistische Erwartungshaltung.

Sollten die Steuersenkungspläne des Bundes in den kommenden Jahren tatsächlich umgesetzt werden, wird das den Anteil der Gemeinden an der Einkommen- und der Umsatzsteuer wohl erheblich schmälern und damit deutlich weniger Geld in die Kassen der Kommunen spülen. Fraglich ist auch, ob die Gewerbesteuer in der vorgesehenen Größenordnung steigen wird und die konjunkturelle Entwicklung dem Land ermöglicht, Zuwendungen und Zuschüsse wie geplant zu zahlen.

Aber wie dem auch sei: Es hilft uns nicht weiter, wenn wir versuchen die Haushaltssituation mit der Wirtschaftskrise und den daraus resultierenden geringeren Einnahmen zu begründen. Wir können zwar die Einnahmen nur partiell beeinflussen, haben aber bei der Gestaltung der Ausgaben durchaus Möglichkeiten. Und die sollten wir nutzen.

Was können wir also als Stadt selbst tun, um die Haushaltssituation zu verbessern?

Zunächst einmal sind wir der Auffassung, dass die Stadt einen nicht unerheblichen Teil der momentanen katastrophalen Haushaltssituation durch ihre in den letzten Jahren betriebene Ausgabenpolitik selbst verschuldet hat. Die Ausgaben flossen so, als würde die Wirtschaft jedes Jahr aufs neue expandieren, als wäre immer Vollbeschäftigung, als würden die Einnahmen ständig steigen und als wären Wirtschaftskrisen völlig ausgeschlossen. Dass die Wirtschaft sich in Zyklen bewegt, wurde bei den Planungen nicht berücksichtigt.

Hier sind besonders die millionenschweren Prestigeobjekte Badino und Kulturbahnhof zu nennen, die alles andere als kostendeckend laufen. Das wird generell auch in Zukunft so bleiben, selbst wenn geänderte Öffnungszeiten bzw. eine bessere Vermarktung der Räumlichkeiten zu höheren Einnahmen führen.

Auch in Verbindung mit der Planung sowie dem Bau des Bauhofs ist viel Geld in den Sand gesetzt worden. Aber lassen wir es dabei bewenden. Das ist Schnee von gestern und hilft uns bei den aktuellen Haushaltsberatungen nicht weiter. Es sei denn, man erwägt mangels anderer Alternativen für die Zukunft z.B. eine Schließung des Hallenbads. Das will zwar keiner, ist aber generell nicht auszuschließen. Es gibt genügend Beispiele von Kommunen, die das schon praktiziert haben. Aber das ist heute für uns noch nicht aktuell.

Aktuell beträgt die Gesamtsumme der größeren Investitionsvorhaben bis 2016 ca. 33 Mio €, wovon etwa 17 Mio € als Eigenanteil auf die Stadt entfallen und mangels Masse zum Teil per Kredit bzw. auch durch Dritte finanziert werden müsste.

Der Kämmerer schreibt deshalb zu Recht: Ich zitiere aus seiner Haushaltsrede: „Sowohl Sie meine Damen und Herren des Stadtrates, als auch die Verwaltung werden sämtliche Investitionen noch einmal auf den Prüfstand stellen müssen, ob wir uns diese wirklich in ihrer Gesamtheit leisten können“.

Projekte, die in die Millionen gehen sind:

- die Turnhalle Immekeppel
- das Projekt Gut Eichthal
- die Umsetzung der Machbarkeitsstudie Schulzentrum
- die Neugestaltung des Bahnhofgeländes und
- das Feuerwehrgerätehaus.

Alles Projekte, die nach Realisierung erhebliche Folgekosten mit sich bringen und damit die Haushalte künftiger Jahre belasten. Deshalb sollte man sie in der momentanen Haushaltssituation einer besonders kritischen Prüfung unterziehen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch kurz auf das zur Zeit gern gebrachte Argument eingehen, kreditfinanzierte Investitionen würden die Konjunktur beleben. Es lässt unberücksichtigt, um mit Prof. Paul Kirchhof zu sprechen, dass die Tilgungs- und Zinslasten dieser Verschuldung die zukünftige Konjunktur schwächen. Müsste der Bund gegenwärtig nicht rund 40 Mrd. Euro für den Zinsdienst ausgeben, könnte dieses Geld für Bildung, Forschung sowie strukturelle Erneuerungen verwendet werden. Dies wäre ein wirksamer Konjunkturimpuls und außerdem eine nachhaltige Finanzpolitik die Gegenwart und Zukunft gleichermaßen begünstigt.

Zurück zu unserem Haushalt und den in Overath geplanten Investitionen:

Bezüglich der Projekte Immekeppel und Gut Eichthal gibt es zwei unterschiedliche Sichtweisen: Die einen sagen, Augen zu und durch; die anderen in diese Richtung tendiert die BfO - lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Ich gebe gerne zu, dass eine Entscheidung nicht leicht ist, besonders weil man bei beiden Projekten mit nicht unerheblichen Zuschüssen von außen rechnen kann. Aber was nützen uns hohe Zuschüssen, wenn wir den Eigenanteil nicht finanzieren können oder bsw. Schulpauschalen verwenden müssen, die weitaus dringenderen Aufgaben zugeführt werden müssten.

Vor diesem Hintergrund stellen wir uns entschieden gegen des Projekt Immekeppel, zumindest in der bisherigen Form. Den jüngsten diesbezüglich gestellten Antrag von CDU und FDP werten wir als Schritt in die richtige Richtung. Es fehlen aber nach wie vor aussagekräftige Basisdaten, die dieses millionenschwere Projekt rechtfertigen. Eine weitere Verschuldung lässt sich damit jedenfalls nicht begründen.

Ebenso stellen wir uns gegen das Projekt Gut Eichthal. Es ist für uns ein „nice-to-have Projekt“, das in der gegenwärtigen Situation keine Berechtigung hat, zumal auch hier mit hohen Kredit-, ggfs. auch Überbrückungskredit- und anderen Folgekosten zu rechnen ist. Es sollte deshalb im Verzeichnis der beabsichtigten Investitionstätigkeiten gestrichen bzw. in der Priorität nach hinten verschoben werden.

Die eingesparten Mittel sollten dafür verwendet werden, die Schulden zumindest tendenzmäßig abzubauen; aber auch, um den Spielraum für unvorhergesehene Aufgaben und Ausgaben zu erhöhen. Was nützen uns die schönsten Hallen und Projekte, wenn die Straßen irgendwann so schlecht sind, dass man sie nicht mehr erreichen kann.

Dem Haushaltsplan werden wir in der vorgelegten Fassung nicht zustimmen.

Zum Schluss noch Folgendes: Ich bin der festen Überzeugung, dass sich alle im Rat vertretenen Fraktionen des Ernstes der Lage bewusst sind und ernsthaft nach einer tragfähigen und belastbaren Lösung suchen. Deshalb haben wir auch einen Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung gegründet, in dem alle Fraktionen in gleicher Stärke vertreten sind. Ich glaube, allen Fraktionen einschließlich der Verwaltung ist klar, dass wir die Kuh nur gemeinsam vom Eis bekommen. Ob sich das bei den unterschiedlichen Ansätzen und Vorstellungen in den kommenden Jahren realisieren lassen wird, bleibt abzuwarten. Wir sind zuversichtlich und hoffen darauf.

Hinzufügen möchte ich noch den Wunsch an die Verwaltung, auch im Hinblick auf eine mögliche Bürgerbeteiligung im kommenden Jahr, den Haushaltsplan künftig so zu gestalten, dass er auch vom nicht fachkundigen Bürger verstanden und nachvollzogen werden kann.

Ich danke Ihnen.

Für die BfO Bürger für Overath

Norbert Hein
Fraktionsvorsitzender

Ihre
BFO, Bürger für Overath,
Die Freie Wählergemeinschaft

**Wählen Sie BFO
FÜR Veränderung in Overath!**